



Humboldt – ein Weltklang

Wilhelm und Alexander von Humboldt – die Statuen der Brüder stehen vor Berlins ältester Hochschule, die den Namen ihrer Gründer trägt und 200-jähriges Jubiläum feiert.

Seite 2



Regierung kontra Mieter

Schwarz-Gelb plant Einsparungen beim Wohngeld, will die Mittel für Städtebau und Gebäudesanierung herunterfahren. ND-Interview mit Mieterbund-Direktor Lukas Siebenkotten.

Seite 3



Die Gretchenfrage

Heute in unserer wöchentlichen Debatte: Echte Religionsfreiheit wird erst ermöglicht, wenn Staat und Kirche konsequent getrennt sind, sagt der Bundestagsabgeordnete Raju Sharma. Seite 10

Standpunkt

Rituale

Von Dieter Janke

Kommt es zum allseits befürchteten Währungskrieg oder nicht? Jene Frage überschattete die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank. Eine Antwort vom Washingtoner Treffen zu erwarten, wäre indes vermessen gewesen. Der IWF ist weder der Ort, noch ist die Zeit reif für eine grundsätzliche Neujustierung der internationalen Währungstektonik. Der Fonds ist nach wie vor US-dominiert. Was es dem nordamerikanischen Finanzminister Geithner leicht machte, die Währungspolitik Chinas als letzte Ursache der globalen Ungleichgewichte darzustellen. Das aber ist mitnichten der Fall.

Vielmehr zollt die Art und Weise, wie sich die Nachwehen der globalen Finanzkrise in den jeweiligen volkswirtschaftlichen Strukturen niederschlugen, ihren Tribut. Und in den USA steht es dabei nicht zum Besten. Dessen ungeachtet setzt man hier noch auf überkommene Rituale und will die allseits greifbare Relativierung der globalen Omnipotenz der US-Währung nicht wahrhaben. Auf ein zeitgemäßes Bretton Woods mit einer Ankerwährung, die weder durch die Hegemonie des US-Dollars noch die einer anderen Valuta geprägt ist, wird man sich indes so lange nicht verständigen können, wie alle Beteiligten ihr Heil noch in einer grenzenlosen währungspolitischen Souveränität sehen. Darauf wird derzeit gesetzt. Protektionismus und Abwertungsroutinen haben – trotz der Beschwörung liberaler Glaubenssätze – Konjunktur. Vielleicht bis zur nächsten Krise.

Unten links

Auf den Tag genau acht Monate ist Stefan Mappus Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Und steckt schon in der politischen Sackgasse – weil er den Sackbahnhof in Stuttgart loswerden will und die Leute ihm mit ihrem permanenten Widerstand gegen das Großprojekt tüchtig auf ... na, lassen wir das. Selbst den Schlichter von der eigenen Partei – der schon sechs Jahre CDU-Generalsekretär war, als Mappus in die Junge Union eintrat – hat Merkels Hoffnungsträger im Südwesten zurückgepfiffen, weil der von Friedenspflicht gesprochen hatte. Heiner Geißler erfuhr einmal mehr, dass die Zeiten, da auch Christdemokraten dem Volk aufs Maul schauen, längst vergangen sind. Der forsche Regierungschef hofft offenbar, dass die Schwaben zu ihrer fast sprichwörtlichen Tugend zurückkehren und sich die Proteste irgendwann sparen. Aber denkste! Es werden immer mehr. Doch in fünf Monaten könnten sie Geiz richtig geil finden. Und der CDU das Kreuzchen bei der Landtagswahl verweigern. oer

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940



CSU-Misstöne zu Erdogans Visite

Grüne: Seehofer trägt sarrazinschen Rassismus in die bundesdeutsche Spitzenpolitik

Während des Deutschland-Besuchs des türkische Regierungschefs Erdogan heizte Bayerns Ministerpräsident Seehofer mit rechtspopulistischen Parolen die Integrationsdebatte an.

Berlin/München (Agenturen/ND). Keine Türken und Araber mehr nach Deutschland: Mit der Forderung nach einem Zuwanderungsstopp für Ausländer aus »fremden Kulturkreisen« macht CSU-Chef Horst Seehofer Politik am rechten Rand. Die Grünen warfen dem bayerischen Ministerpräsidenten Populismus vor. Kritik kam auch von FDP, SPD und LINKEN, die CDU zeigte sich irritiert. Bundeskanzlerin Angela Merkel und der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan warben derweil für eine bessere Integration.

Seehofer sagte dem Magazin »Focus«: »Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun.« Daraus ziehe er den Schluss, »dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen«. Gleichzeitig forderte er schärfere Sanktionen gegen Integrationsverweigerer. Diese müsse man »härter anpacken«.

Grünen-Chefin Claudia Roth griff Seehofer scharf an. »Mit seiner unsäglichen und skandalösen Unterscheidung von guten und schlechten Migranten je nach Kulturkreis trägt er den sarrazinschen Rassismus und Sozialdarwinismus in die bundesdeutsche Spitzenpolitik«, erklärte Roth. Kritik übte auch der Koalitionspartner FDP: »Seine Äußerungen schaden unserem Land ebenso wie die Äußerungen von Thilo Sarrazin zur Genetik«, erklärte der integrationspolitische Sprecher der Partei im Bundestag, Serkan Tören. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) meinte: »Eine auf bestimmte



Bundespräsident Wulff, Premier Erdogan und Kanzlerin Merkel Freitagabend beim Fußball in Berlin Foto: dpa/Bergmann

Nationalitäten begrenzte Zuwanderungspolitik stigmatisiert hier lebende Menschen und dient nicht dem inneren Frieden.« Petra Pau von der Linkspartei erklärte, was Bundespräsident Wulff zueinanderbringen wollte, treibe Seehofer gegeneinander.

Der CDU-Innenpolitiker Wolfgang Bosbach zeigte sich irritiert. Wenn Seehofer hinter geltendes Recht zurückwolle, habe er Zweifel, ob das verfassungsrechtlich und völkerrechtlich überhaupt möglich sei. Als Beispiel nannte er den Ehegattennachzug oder den Schutz politisch Verfolgter. Die Integrationsbeauftragte der Bundes-

regierung, Maria Böhmer (CDU), erklärte, sie sei »sehr schockiert« über die Äußerungen Seehofers. Menschen aus einem anderen Kulturkreis dürften nicht unter einen Generalverdacht gestellt werden.

Merkel und Erdogan sprachen sich am Samstag in Berlin für eine bessere Integration der etwa zwei Millionen in Deutschland lebenden Türken aus. Oft hätten türkische Mitbürger eine schlechtere Ausbildung und beendeten seltener die Schule mit einem Abschluss, sagte Merkel. »Das möchten wir ändern.« Erdogan sagte, zu einer besseren Integration gehöre neben der Beherrschung der türkischen

Muttersprache auch ein »sehr gutes Deutsch«. Der türkische Premier zollte Bundespräsident Christian Wulff für seine jüngste Anmerkung, auch der Islam gehöre zu Deutschland, großes Lob. Damit habe er eine Realität anerkannt – so wie es eine Realität sei, dass auch Christentum und Judentum zur Türkei gehörten.

Bei den EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei sagte Merkel Erdogan Unterstützung zu. »Wo wir hilfreich sein können, werden wir das sein.« Erdogan forderte: »Es darf keine Verlangsamung in diesem Prozess geben.«

Kommentare Seite 4

Stuttgart 21: Protest auf Rekordniveau

Schlichter Geißler optimistisch / Ministerpräsident Mappus will an Bahnprojekt nicht rütteln

Von Barbara Martin, Stuttgart

Am Wochenende haben zwischen 60 000 und 100 000 Menschen gegen das Bahnprojekt »Stuttgart 21« protestiert. So viel wie nie zuvor.

Es werden immer mehr. Zur Großdemo gegen Stuttgart 21 zogen am Samstagnachmittag Zigtausende zu Fuß und auf dem Rad durch die Innenstadt der baden-württembergischen Landeshauptstadt. Mehr als 100 000 sagen die Veranstalter, die Zahl der Polizei liegt wie üblich um ein Drittel darunter. Die Demo stand unter dem Motto »Erst Baustopp dann Gespräche!«. Schlichter Heiner Geißler (CDU) zeigte sich am Wochenende optimistisch, Gegner und Befürworter an einen Tisch zu bringen.

Morgen wird Geißler sich mit Vertretern des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21 treffen. »Wir werden Herrn Geißler begrüßen. Aber Gespräche gibt es nur, wenn ein Bau- und Vergabestopp für alles, insbesondere das Wassermanagement im Schlosspark ausgesprochen wird«, bekräftigte Hanes Rockenbauch den Standpunkt des Aktionsbündnisses. Der Stadt-



Gegner von Stuttgart 21 am Samstag auf der Straße

Foto: dpa/Anspach

rat der SÖS (Stuttgart Ökologisch Sozial) stellte klar, dass der Protest nicht aufhören werde, falls es zu Schlichtungsgesprächen komme: »Hier setzen Menschen sich für direkte Demokratie ein und die lassen sich nicht nach Hause verbannen.« Seine Rede wurde wiederholt von »Mappus weg!«-Sprechchören unterbrochen. Die werden seit dem

»schwarzen Donnerstag«, wie die Stuttgart-21-Gegner den massiven Polizeieinsatz vom 30. September nennen, ständig skandiert.

In den Gesprächen mit Heiner Geißler wird der Polizeieinsatz wohl kein Thema sein. Das Ziel der Schlichtung lautet vielmehr, sämtliche Daten und Fakten auf den Tisch zu legen, um so endlich von

einer einheitlichen Basis aus zu argumentieren. Schließlich ziehen Befürworter und Gegner des größten Infrastrukturprojektes Europas unterschiedliche Gutachten und Berechnungen für ihre Haltung heran. Geißler sieht gute Chancen, zu dieser »Sach- und Fachschlichtung« zu kommen. Nur so könne die Glaubwürdigkeit der Politik wieder gestärkt werden.

Ministerpräsident Stefan Mappus hat am Samstag in der »Stuttgarter Zeitung« in einem Offenen Brief noch einmal klar gemacht, dass er am Projekt selbst nicht rütteln will. Doch genau das ist das Ziel der Protestbewegung. Der Bahnexperte Karl-Dieter Bodack, der 25 Jahre lang führende Positionen bei der Bahn bekleidete und Mitentwickler des Alternativprojektes Kopfbahnhof 21 ist, machte den Zigtausenden auf der Demo am Samstag Hoffnung: »Mich hat eine Botschaft aus dem Bahntower erreicht und die lautet, wir hätten derzeit eine 50-Prozent-Chance, den unterirdischen Durchgangsbahnhof zu kippen. Ich glaube: Mit unserer hartnäckigen Friedfertigkeit werden wir diese Chance erhöhen.«

Seite 16

Kein Ende im Streit um Währungen

IWF-Tagung endete ohne Empfehlungen

Washington (dpa/ND). Trotz intensiver internationaler Beratungen ist im globalen Währungskonflikt keine rasche Entspannung in Sicht. Eine konkrete Empfehlung zur Beilegung der aktuellen Auseinandersetzung um künstlich niedrig gehaltene Währungskurse gab es am Ende der Jahrestagung von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank in Washington am Samstag nicht. Parallel hatten auch die sieben führenden westlichen Industrieländer (G7) in der US-Hauptstadt getagt.

Der deutsche Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen dämpfte Erwartungen an eine rasche Lösung des Währungskonflikts. Das Thema sei nicht kurzfristig angelegt. Im Laufe des nächsten Jahres würden Vorschläge des IWF erwartet. Ähnlich äußerte sich die französische Finanzministerin Christine Lagarde. Man müsse »ein bisschen geduldig« sein, sagte sie in Washington. Frankreich übernimmt nach Südkorea den G20-Vorsitz.

Bewegung gab es bei den zuletzt stockenden Verhandlungen zu einer Reform des IWF. »Wir haben Fortschritte erzielt, aber noch keinen Durchbruch«, sagte Asmussen, der den erkrankten Finanzminister Wolfgang Schäuble vertrat. Bei der Reform geht es nicht zuletzt darum, dass sich das wachsende Gewicht aufstrebender Wirtschaftsnationen wie China und Indien auch bei Stimmrechten und IWF-Anteilen widerspiegelt.

Kurz

Taliban-Attentat

Kabul (dpa). In der westafghanischen Provinz Farah starben am Sonnabend mindestens vier Italiener bei einem Bombenanschlag der Taliban. Eine britische Entwicklungshelferin, die Ende September entführt worden war, kam bei einem Befreiungsversuch von US-Truppen ums Leben.

Israel: Treueschwur

Jerusalem (dpa). Neue Staatsbürger Israels sollen künftig einen Treueschwur auf den jüdischen Staat ableisten. Die Regierung stimmte am Sonntag für eine entsprechende Vorlage.

Wahl in Kirgistan

Bischkek (dpa). Sechs Monate nach dem Sturz des autoritären Präsidenten Kurmanbek Bakijew hat Kirgistan ein neues Parlament gewählt. Ergebnisse lagen bei ND-Redaktionsschluss noch nicht vor.

Der Sport meldet

Berlin (dpa). Der Rostocker Andreas Raelert wurde beim Ironman-Klassiker auf Hawaii, dem härtesten Triathlonrennen der Welt, mit lediglich 100 Sekunden Rückstand Zweiter. Sebastian Vettel (Heppenheim) feierte in Suzuka beim Großen Preis von Japan seinen dritten Saisonsieg in der Formel 1 und verbesserte sich in der WM-Gesamtwertung auf den dritten Platz. Seiten 18 bis 20